

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 6, Februar 1939	1
DIE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND	1
DER LEBENSSTANDARD IN DEUTSCHLAND	1
TRANSFORMATION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM FASCHISMUS	7
GEWERKSCHAFTLICHE OPPOSITION IN FRANKREICH.....	10
DIE KERNE	10
DER KONGRESS.....	10
RESOLUTION ÜBER DIE UNABHÄNGIGKEIT	12
SOLLEN DIE EUROPÄISCHEN ARBEITER RUSSLAND VERTEIDIGEN?	13
„WER NICHT ARBEITET, SOLL AUCH NICHT ESSEN.“	16

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 6, Februar 1939

DIE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND

In den sechs Jahren der faschistischen Herrschaft wurde Deutschland zu einer imperialistischen Macht ersten Ranges. Voraussetzung dafür war ein gewaltiger Strukturwandel in der gesamten Wirtschaft, bei dem die individuelle Freiheit der Unternehmer in Bezug auf die Leitung, Expansion und die Regelung der Arbeitsbedingungen erheblich beschnitten und alle Betriebe gleichsam zu einem großen Konzern zusammengeschlossen wurden. Die Abschottung des freien Kapitalmarktes, die zentralisierte Steuerung von Importen und Exporten und die Verteilung von Rohstoffen unter den Betrieben durch die allgemeine „Konzernexekutive“, den Staat, haben den alten Mechanismus der kapitalistischen Entwicklung innerhalb der nationalen Grenzen teilweise aufgehoben und durch einen anderen ersetzt. Was sind die treibenden Kräfte des neuen Mechanismus? Wie sehen diese aus? Wie ist das Verhältnis des Staates zum Monopolkapital? Bewegt sich Deutschland in Richtung Staatskapitalismus? Welchen Platz nimmt der deutsche Industrieblock unter den anderen Weltmächten ein? Was sind die treibenden Kräfte der Expansion und in welche Richtung gehen sie?

Dies sind einige der Fragen, die durch die neue Entwicklung in Deutschland aufgeworfen werden. Die Antwort kann erst gegeben werden, wenn wir uns ein möglichst klares Bild von den neuen Verflechtungen der deutschen Wirtschaft gemacht haben. Aus diesem Grund, d.h. als Orientierungsgrundlage, werden wir in den nächsten Ausgaben von „Radencommunisme“ mehrere Artikel abdrucken. Das überarbeitete Material wurde von Rudolf Lang, dem wirtschaftlichen Mitarbeiter der in Paris erscheinenden Emigrantenzeitschrift „Freies Deutschland“, dem Organ der deutschen Opposition der Sozialdemokratie, vollständig nach den offiziellen deutschen Daten bearbeitet. Rudolf Lang ist daher nicht für diese Artikel verantwortlich, da wir nur sein Material verwendet haben. Um Missverständnissen vorzubeugen, sei daher noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass unsere Artikel zum Thema „ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND“ keine feststehenden Ansichten enthalten, sondern lediglich eine Diskussions- und Orientierungsgrundlage darstellen.

DER LEBENSSTANDARD IN DEUTSCHLAND

a. Die Arbeiter

Nach der amtlichen deutschen Statistik gab es 1929 in Deutschland 17,87 Millionen Arbeiter und Beamte, 1937 waren es 18,37 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von 3 %. Die gezahlten Löhne und Gehälter gingen in diesem Zeitraum von 43,05 Mrd. auf 38,75 Mrd. zurück, was einem Rückgang von 10 % entspricht. Es ist also ganz klar, dass der Lebensstandard der proletarischen Bevölkerung in Deutschland heute noch weit unter dem von 1929 liegt, denn eine geringere Lohnsumme muss auf eine größere Zahl von Lohnempfängern verteilt werden.

Der nationalsozialistische Propagandadienst leugnet diesen Sachverhalt nicht. Trotzdem verweist er auf die enormen Fortschritte, die die Arbeiterklasse unter dem faschistischen Regime gemacht hat. Worauf basiert diese? Und was ist davon wahr?

Dies beruht auf der Tatsache, dass die Weltkrise eine unhaltbare Situation in Deutschland geschaffen hat. Die Zahl der Arbeitslosen, die Sozialhilfe beziehen, überstieg 5 Millionen, die Löhne waren dramatisch gesunken, viele Betriebe standen still oder arbeiteten nur noch zwei oder drei Tage pro Woche, die Staatsfinanzen waren hoffnungslos destabilisiert. Die Nationalsozialistische Partei hat dieses Erbe bei ihrer Machtübernahme 1933 angetreten und legt nun, 1938, die folgende Übersicht über die Entwicklung der Löhne und der Beschäftigung während ihrer Regierungszeit vor:

Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %		
Jahr	Löhne und Gehälter	Anzahl der Lohnempfänger
1933	+1,0	+7,8
1934	+12,4	+13,7
1935	+10,5	+7,6
1936	+9,3	+6,5
1937	+9,9	+7,6
Anstieg von 1932-1937	+50,7	+51,1

Betrachtet man die Ergebnisse für den gesamten Zeitraum der faschistischen Herrschaft, so stellt man fest, dass die Zahl der Arbeiter in dieser Zeit um 51,1 % gestiegen ist, d. h. „die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“. Die gezahlten Löhne stiegen etwas weniger, nämlich um 50,7 %, so dass der Lebensstandard nach dieser Aussage unter der Naziherrschaft kaum sank, während die gesamte arbeitende Bevölkerung wieder in das gesellschaftliche Leben integriert wurde. Aber auch dieser Lebensstandard ist nicht gestiegen! Er ist offensichtlich immer noch auf dem gleichen Niveau wie im tiefsten Krisenjahr 1932.

Für Millionen von Arbeitern, die 1932 arbeitslos waren und mit ihren Familien fast verhungerten, bedeutet dies jedoch einen Fortschritt, auch wenn sie sich in der untersten Lohngruppe befanden, was sich in den Statistiken über den Lebensmittelverbrauch widerspiegelt. Es liegt auf der Hand, dass sich ein Anstieg der gezahlten Löhne und Gehälter um 50,7 % im Verbrauch niederschlägt.

Dennoch vermittelt diese Statistik ein viel zu günstiges Bild von der Lage der Arbeiterklasse, wenn man daraus abliest, dass die gesamte arbeitende Bevölkerung heute auf dem Lohnniveau von 1932 beschäftigt ist.

Was die deutsche Statistik unter „Löhnen und Gehältern“ versteht, ist der so genannte „Nominallohn“, d. h. der Lohn, der auf der Lohntüte steht, aber nicht in der Lohntüte ist. Jeder weiß, dass von diesem Lohn 20 bis 30 % für alle möglichen Steuern und Abgaben abgezogen werden. Dieser Betrag hat sich während des Naziregimes nicht verringert, sondern erhöht. Die gesamte Tabelle ist also fragwürdig und vermittelt auf jeden Fall ein zu günstiges Bild von der Lage der Arbeiter. Außerdem ist das Preisniveau von 1932 und 1937 sehr unterschiedlich. Alle Lebensmittel haben sich in dieser Zeit verteuert. Wenn die amtliche Statistik darauf hinweist, dass die Lohn- und Gehaltseinkommen pro Kopf etwas niedriger sind als 1932, dann lässt sich aus den beiden oben genannten Gründen mit absoluter Sicherheit feststellen, dass das Lebenshaltungsniveau deutlich unter dem des schwersten Krisenjahres liegen muss. (Die Pflichtbeiträge an N.S.D.A.P., Arbeitsfront, Winterhilfe usw. sind dabei noch nicht berücksichtigt.)

Aber es gibt noch mehr. Im Jahr 1932 arbeiteten viele Betriebe zwei oder drei Tage pro Woche, während die Zahl der Arbeitsstunden mit der fieberhaften Aufrüstung erheblich gestiegen ist. Derzeit werden zwischen 52 und 56 Stunden pro Woche gearbeitet. Wenn also die amtliche Statistik besagt, dass die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig höher ist als die der Löhne und Gehälter, dann werden diese Löhne und Gehälter in jedem Fall in viel mehr Stunden verdient. Mit anderen Worten: Die *Stundenlöhne müssen gesunken sein, und sie müssen jetzt noch niedriger sein als in der tiefsten Krisenzeit von 1932.*

Und schließlich führen die Verknappung verschiedener Rohstoffe und ihre Ersetzung durch künstliche Rohstoffe von geringerer Qualität (Kunstwolle) zu einer Verringerung der Nachhaltigkeit von Waren, was wiederum zu einer Senkung des Lebensstandards führt.

b. Die Kapitalisten

Den Kapitalisten ist es unterdessen unter der „faschistischen Volksgemeinschaft“ nicht schlecht ergangen. Die Entwicklung des „Volkseinkommens“, d. h. dessen, was Kapitalisten und Arbeiter zusammen pro Jahr „verdienen“, zeigt das folgende Bild.

Das gesamte „Volkseinkommen“ in Deutschland		
Jahr	Millionen von Mark	1929=100%
1929	75.949	100,0
1930	Krise, große Kapitale werden zerstört.	
1931		
1932	45.175	59,5
1933	46.514	61,2
1934	52.710	69,4
1935	53.622	77,2
1936	64.940	85,5
1937	70.972	93,3

Nun sollte die absolute Höhe dieses „Volkseinkommens“ nicht überschätzt werden, da die besitzende Klasse ihr Einkommen (zu Steuerzwecken) immer unterschätzt. Und die Deutschen werden in dieser Hinsicht wahrscheinlich die gleichen Ansichten vertreten wie überall auf der Welt. Die Arbeiter können ihre Löhne nicht zu niedrig angeben, denn in Deutschland sind es die Unternehmer, die die Lohnabrechnungen bei den Finanzämtern einreichen müssen. Dennoch sind solche Zahlen insofern nützlich, als sie über mehrere aufeinander folgende Jahre hinweg verglichen werden und die Fehlerquelle fast dieselbe bleibt.

In dieser Übersicht ist zunächst festzustellen, dass das „Volkseinkommen“ in Deutschland 1937 noch leicht unter dem Niveau von 1929 (93,3%) lag. So erholte sich die deutsche Industrie besser als die amerikanische, wo das „Volkseinkommen“ 1937 nur noch 88,2 % des Niveaus von 1929 betrug. Darüber hinaus war die durch die Krise verursachte Störung in Amerika noch tiefer als in Deutschland. Im Jahr 1933, zu Beginn des neuen Aufschwungs, lag das Volkseinkommen in Deutschland bei 61,2 % und in Amerika bei 57,6 %.

Die Frage ist jedoch, wie viel die Arbeiter vom Volkseinkommen erhielten und wie viel die Kapitalisten. Dies geht aus der beigefügten Übersicht hervor. Die Beträge sind als Prozentsatz des Volkseinkommens ausgedrückt, so dass man sofort ausrechnen kann, wie viel es war.

Die Verteilung des „Volkseinkommens“ in %							
Lohn für „Unternehmer“	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Handel und Gewerbe	15,5	13,3	13,8	13,7	14,5	16,1	17,0
Forstwirtschaft und Landwirtschaft	7,2	8,2	8,3	9,4	9,5	8,5	7,9
Summe	22,7	21,5	22,1	23,1	24,0	24,6	24,9
Weitere Kapitaleinkünfte (Dividenden, Zinsen)	14,7	13,7	14,4	14,0	13,7	14,2	13,8
Kapitaleinkommen der besitzenden Klasse	37,4	35,2	36,5	37,7	37,7	38,8	38,7
Einkommen der Arbeiterklasse	62,6	64,8	63,5	62,9	62,3	61,2	61,3

Summe	100						
--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

Nach einem starken Rückgang des Anteils der vermögenden Klasse in den Krisenjahren steigt er seit 1932, nach sechs Jahren faschistischer Diktatur, kontinuierlich an, die Einkommen aus Kapital und Vermögen sind höher als auf dem Höhepunkt der „demokratischen Republik“. Und das Einkommen der Arbeiterklasse ist unter dem Niveau von 1929 geblieben, obwohl es keine Arbeitslosen mehr gibt und auch die „Teilarbeitslosen“ volle Wochen arbeiten. Dieses höhere Einkommen der besitzenden Klasse steht übrigens im Einklang mit der Tatsache, dass die Produktion in Deutschland im Jahr 1937 im Durchschnitt um 8 % über dem Rekordjahr 1929 lag. Die Tabelle zeigt jedoch auch, dass es innerhalb der besitzenden Klasse zu einer Verschiebung der Eigentumsverhältnisse kam. Der geradlinige Anstieg des „Unternehmerlohns“ in der Landwirtschaft bis 1935 ist seither einem deutlichen Rückgang gewichen. Dennoch ist das Einkommen der „Selbstständigen“ in der Landwirtschaft absolut und relativ gesehen immer noch höher als 1929, der Anteil der „Unternehmerlöhne“ im Handel und Gewerbe steigt dagegen ebenso wie das Gesamteinkommen der besitzenden Klasse ungebrochen weiter an.

Die Tatsache, dass das Einkommen der besitzenden Klasse viel schneller anstieg als das „Arbeitseinkommen“, wird auch in der folgenden Übersicht deutlich:

Arbeitslöhne und Einkommen aus Kapital und Vermögen seit 1932 in Millionen Reichsmark, 1932=100						
Jahr	Arbeitslohn		Erträge aus Kapital und Vermögen			
	Insgesamt		Weitere Kapitaleinkünfte: Dividenden, Zinsen		Nur unternehmerische Löhne	
1932	29.286	100,0%	15.889	100,0	9.695	100,0%
1933	29.553	100,9%	16.961	106,7	10.285	106,1%
1934	33.170	113,3%	19.540	123,0	12.218	126,0%
1935	36.523	124,7%	22.099	139,1	14.055	145,0%
1936	39.758	135,8%	25.182	158,5	15.945	164,5%
1937	43.524	148,6%	27.448	172,7	17.635	181,9%

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Einkünfte aus Kapital und Vermögen in Wirklichkeit höher sein müssen, weil die besitzende Klasse diese Beträge immer zu niedrig ansetzt. Es ist jedoch ganz klar, dass das Einkommen der besitzenden Klasse viel schneller wächst als das Einkommen aus Arbeit. Während die Zahl der Arbeiter in dieser Zeit um 51,1 % und die Löhne um 50,7 % stiegen, wuchs das Einkommen der besitzenden Klasse um fast 73 % und das Einkommen der Unternehmer allein um 82 %. Mit anderen Worten: Seit dem Tiefpunkt der Krise ist das Arbeitseinkommen, von dem 80 % der Bevölkerung in Deutschland leben, um die Hälfte gestiegen. Das gesamte Vermögenseinkommen, von dem nur 20 % der Bevölkerung leben, ist um ¼ gestiegen, das Einkommen der Unternehmer allein um mehr als ½. Das Einkommen von Unternehmern in Handel und Gewerbe hat sich in dieser Zeit genau verdoppelt.

VOLKSUMSIEDLUNG IN DEUTSCHLAND

Die stürmische Ausweitung der Produktion, die in Deutschland durch die Ansiedlung neuer Industrien, den Bau von Kanälen und die Trockenlegung von Sümpfen, die Elektrifizierung verschiedener Gebiete stattgefunden hat, ist nicht nur eine Frage von Zahlen und Mengen. Eine Produktionssteigerung in solchen Betrieben bedeutet, dass neue Arbeiter eingestellt werden müssen. Und das bedeutet für Deutschland die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten in den industriellen Produktionsprozess, die vorher nicht in diesem Prozess gearbeitet haben. In diesem Fall also eine Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Schaffung neuer Industrien an Orten, an denen es früher keine gab, bedeutet eine Veränderung der wirtschaftsgeografischen Landkarte.

Wer oder was die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist, sei hier dahingestellt. Ohne im Detail zu untersuchen, wer oder was der deutsche Staat im Moment ist, fest steht, dass dieser Staat einen sehr großen Einfluss auf sie hat. Der Staat, wer oder was auch immer er sein mag, hat einen großen Teil der Wirtschaft in seinen Händen konzentriert, sowohl bei der Verfügung über Dinge als auch über Menschen. Er bestimmt, was und wie viel importiert wird, wer bezahlt wird und wer nicht, wo Fabriken angesiedelt werden und was

dort hergestellt wird. Der Staat legt Preise und Löhne fest und sichert großen Teilen des Kapitals die Gewinne zu, wobei er das Risiko etwaiger Engpässe übernimmt.

Noch einmal: Für die nachfolgende gesellschaftsgeographische Betrachtung ist es unerheblich, ob der Staat der Laufbursche des Monopolkapitals ist oder ob es sich in der Gewalt des Staates selbst befindet. Wir werden zu gegebener Zeit auf diese Frage zurückkommen. Worauf wir uns jetzt konzentrieren wollen, ist die Tatsache, dass der Staat auch Zugriff auf das „Material des Menschen“ hat. Und zwar auf vielfältige Weise, sowohl durch die Rückholung von Dienstmädchen aus dem Ausland als auch durch die Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für alle Bevölkerungsschichten, wobei auch das intellektuelle Bürgertum eine Schule für harte Arbeit durchlaufen muss, und eben durch den Aufbau neuer Industrien. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass Arbeiter nicht willkürlich umziehen können, wenn dies den Interessen der Industrie nicht entspricht. Die deutschen Kapitalisten haben sich die Lehren Trotzki beim Aufbau des Staatskapitalismus in Russland zu Herzen genommen.

„Wenn wir es mit der geplanten Produktion ernst meinen, wenn die Arbeit entsprechend dem Produktionsplan auf einer bestimmten Entwicklungsstufe verteilt werden soll, kann die Arbeiterklasse kein nomadisches Leben führen. Wie Soldaten müssen sie transportiert, verteilt und befehligt werden. (Trotzki, „Russische Korrespondenz“, Nr. 10, S. 12)

Diese Verteilung und Beförderung von Menschenmaterial kann auf sehr „friedliche Weise“ erfolgen. Dies geschieht, indem im Rahmen der Wirtschaftspolitik des Staates bestimmte Wirtschaftszweige begünstigt und andere benachteiligt werden. Auf diese Weise fließen die Bewohner einer Region ganz natürlich in eine andere. Außerdem strömt ein Teil der Bevölkerung in die neu errichteten Industriekomplexe, wobei der Staat die Lage und die Kontrolle der Wohnungen bestimmt. Und schließlich müssen sich durch die zwangsweise Einbeziehung des eroberten Österreichs und des Sudetenlandes entscheidende Veränderungen in der sozialen und wirtschaftlichen Gliederung ergeben.

All diese Faktoren verändern das Gesicht von Deutschland. Dies ist mehr als eine Proletarisierung der Mittelschicht. Der Lebensprozess breiter Schichten ist durch die Struktur und die Veränderungen des Wirtschaftslebens einem Wandel unterworfen, der sich letztlich auch in den geistigen und psychischen Lebensgewohnheiten niederschlagen muss. Sicherlich kann dazu im Moment noch nichts Entscheidendes gesagt werden. Aber die Veränderung muss im Auge behalten werden. Zur ersten Orientierung finden Sie hier einen Überblick über die Entwicklung der Einwohnerzahl in verschiedenen Städten.

VOLKSUMSIEDLUNG

Im Allgemeinen ist die genaue Bestimmung der Richtung und des Umfangs von Umzügen nur mit Hilfe von Volkszählungsdaten möglich. In der Zeit zwischen zwei Volkszählungen können nur begrenzte Gebiete untersucht werden. Für die Jahre 1935, 1936 und 1937 liegt bereits wichtiges Material über die Umzüge von 560 Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern vor. Es handelt sich um Städte, die 1933 eine Gesamtbevölkerung von 32,8 Millionen hatten, d.h. etwa die Hälfte der damaligen Bevölkerung. Und da sich die Industriebevölkerung vor allem in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern konzentriert, ist die „Verlagerungsbilanz“ typisch für den industriellen Wandel.

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung in diesen 560 Städten insgesamt, so zeigt sich, dass die Bevölkerung in diesen drei Jahren um 5,3 Promille, d. h. um fast 174 000 Einwohner, zugenommen hat. Wenn man die Städte nach ihrer Größe gruppiert, ergibt sich folgendes Bild:

Anzahl der Einwohner	Zunahme + Abnahme -	Zunahme oder Abnahme pro Tausend der Bevölkerung.
10.000-20.000	+71.375	+17,7%
20.000-50.000	+79.093	+14,9%
50.000-100.000	+23.982	+6,8%
100.000-500.000	+23.748	+2,5%
über 500.000	-24.255	-2,3 %

Wie man sieht, ist der Anstieg in Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern absolut und relativ am größten. In den Städten mit 50.000-100.000 Einwohnern ist sie sofort deutlich geringer als in den größten Städten, in denen wir einen echten Rückgang feststellen. Lediglich Berlin und München bilden hier eine Ausnahme, da diese beiden „Hauptstädte“ aufgrund des Wachstums ihrer Verwaltungsapparate einen erheblichen Zustrom

von Menschen zu verzeichnen haben. Zieht man diese beiden von den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern ab, so ist die Zahl der Einwohner in dieser Gruppe nicht um 0,23 %, sondern um 1,84 % zurückgegangen.

Diese Verlagerung der Bevölkerung in die kleineren Städte zeigt, dass die neue Industrie vorzugsweise in den kleineren Städten angesiedelt ist. Aber selbst dort, wo neue Industrieanlagen am Rande der Großstädte entstehen, werden die Arbeiter in den umliegenden Kleinstädten untergebracht (z.B. in der Arbeitszone Brandenburg). So haben gerade die Städte um Berlin mit 10.000-20.000 Einwohnern den größten Zuwachs, nämlich 7,24%. Auch in der Nordmark wuchsen diese Stadttypen deutlich, nämlich um 6,82 %, und in Pommern betrug der Anstieg 5,78 %. Dabei handelt es sich um kleinere Städte mit Schiffbau-, Maschinen- und Rüstungsindustrie in der Nähe des Hafengebiets, während die Hafenstadt Hamburg einen Verlust von 2,95 % aufweist.

DIE NEUE NORD-SÜD-ACHSE

Von besonderem Interesse ist der Bevölkerungsstrom, wenn man ihn nach Wirtschaftsbezirken gruppiert. Hier gab es in den Jahren 1935, 1936 und 1937 die folgenden Änderungen:

Verwaltungsbezirk	Zunahme + Abnahme -	Zu- oder Abnahme pro tausend Einwohner
Mitteldeutschland	+74.709	+34,1%
Niedersachsen	+63.433	+32,8%
Ostpreußen	+18.323	+26,3%
Brandenburg	+100.919	+19,6%
Bayern	+47.543	+18,3%
Pommern	+10.317	+16,3%
Nordmark	+37.137	+15,3%
Südwestdeutschland	+26.917	+14,1%
Hessen	-1.544	-1,0%
Rheinland	-59.691	-10,6%
Sachsen	-40.231	-13,9%
Westfalen	-61.075	-19,0%
Schlesien	-42.824	-22,5%

Mitteldeutschland (Braunkohle, Flugzeugbau, Kali, Leuna-Werke) und Niedersachsen (Kali, Kautschuk, Erdöl, Maschinenbau, Erzbergbau, Göring-Werke) stehen an der Spitze der Bevölkerungswachstumsgebiete. Ein großer Teil der neuen Industrien, sowohl der direkt mit dem Bergbau verbundenen als auch der auf der chemischen Industrie basierenden, ist in diesen „neuen Industrieprovinzen“ konzentriert. Das Deutschland der Chemie hat ein anderes Zentrum als das Deutschland der rheinischen Eisen- und Stahlindustrie und der sächsischen Textil- und Maschinenexportindustrie.

Der recht hohe Abfluss aus den Bezirken Sachsen, Rheinland und Westfalen zeigt dies deutlich genug. Die detaillierten Aufzeichnungen zeigen auch, dass die Steinkohlereviere im nördlichen Ruhrgebiet, ebenso wie die an der Saar, die größten Verluste erlitten. Die gleiche „Flucht der Bergleute“ ist wohl auch die Erklärung für den starken Verlust der schlesischen Städte, wobei das oberschlesische Steinkohlenrevier wiederum die Hauptlast der Verluste trug. Die Rationalisierung des Bergbaus sowie die Verlagerung von Bergleuten in die neuen Erzgruben und Ölfelder in der Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Hannover spiegeln sich hier erstmals in den Bevölkerungszahlen wider.

Die Stilllegung oder Teilzeitarbeit bei Textilien, Metallwaren und anderen Konsum- und Exportindustrien bestimmt nicht nur den Rückgang in Sachsen, sondern auch in Hessen und Baden-Württemberg (Motoren- und Metallbau!) hat dagegen einen Anstieg zu verzeichnen.

Die Industrialisierung setzte sich nicht im bisherigen Sinne fort, sondern eroberte landwirtschaftliche Gebiete (Bayern, Pommern, Ostpreußen und teilweise die Nordmark). In der Tat blieb nur Berlin-Brandenburg in der alten Entwicklungslinie.

Die industrielle Landkarte, die bisher durch eine Ost-West-Achse (vom Ruhrgebiet über Mitteldeutschland bis Sachsen-Schlesien) gekennzeichnet war, erhält eine neue Achse, die von Norden nach Süden verläuft. (Nordmark-Niedersachsen-Mitteldeutschland-Bayern-Württemberg).

DIE EINGLIEDERUNG ÖSTERREICHS

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Eingliederung Österreichs auf die Veränderung der Industriestruktur entlang der Nord-Süd-Achse müssen sehr stark spürbar sein. Österreich gehört vorläufig noch nicht zum deutschen Wirtschaftssystem. Doch bei dem Tempo, in dem der „wirtschaftliche Wiederaufbau“ des eroberten Gebiets voranschreitet, wird eine wirtschaftlich-technische Harmonisierung nicht lange auf sich warten lassen.

Sicherlich wird es sich vorerst eher um eine „Notanpassung“ als um eine „geplante“ Umstellung handeln, denn Österreich kann sich nicht einfach mit dem Tempo der deutschen Industrialisierungspolitik umstellen. Nicht nur, weil nur ein Drittel der Bevölkerung von Industrie und Handwerk lebt, sondern auch, weil es hauptsächlich Konsumgüter produziert, was nicht in die deutsche Wirtschaftspolitik passt. Das Reich investiert daher kein Kapital in diese Industrien, sondern wie im alten Reich nur in die Errichtung neuer Industriekomplexe (Erzgruben, Hochöfen) oder in Industrien, die die Versorgung mit Rohstoffen außerhalb Österreichs erleichtern können (Elektrizitätswerke, Herstellung von Holzschleifereien für die Papierherstellung und Kunstwolle).

Im Zusammenhang mit diesem Wandel lassen sich bereits Veränderungen bei der Verortung von Menschen und Gütern beobachten. Während Wien das Zentrum der alten Industrien war, befinden sich die neuen Industrien hauptsächlich in den Bundesländern. Am 30. November 1939 gab es in der Provinz nur 4.642 Arbeitslose, während es in Wien noch 21.063 waren, das heißt: „vollwertiger Arbeitsloser“. Die Gesamtzahl der Voll- und Teilarbeitslosen wird mit 99.855 beziffert, wovon allein in Wien 78.000, also fast 80%, leben. Es ist davon auszugehen, dass die Industrialisierung des ländlichen Raums zu einem Rückgang der Landwirtschaft führen wird und sich die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung dem Durchschnitt des gesamten Reiches annähert.

SUDETENLAND

Im Sudetenland lebt die Hälfte der Bevölkerung von Industrie und Handwerk und ein Achtel vom Handel. Die Bevölkerungsdichte ist die gleiche wie im Reich. Die Einbeziehung des Sudetenlandes ist daher in erster Linie eine Frage der Industrie. Aber von den 1,4 Millionen Facharbeitern, die die technische Statistik für 1930 im Sudetengebiet ausweist, sind mehr als ein Viertel in der Glas-, Papier- und Textilindustrie beschäftigt.

Was soll mit diesen Industrien geschehen, die in den benachbarten sächsischen, schlesischen und thüringischen Regionen des alten Reiches eher sterben als leben?

Es stimmt, dass das Sudetenland 17 Millionen Tonnen Braunkohle und 18 Millionen Tonnen Steinkohle liefern kann. Was liegt da näher, als darauf eine neue chemische Industrie aufzubauen? Sie könnte dann auch Holz zu Textilfasern verarbeiten, Holz verzuckern und so weiter. Ein solcher Strukturwandel erfordert jedoch erhebliches Kapital und wird sich schrittweise vollziehen. Das Sudetenland würde sich völlig verändern. Die Arbeitskräfte würden aus dem Reich in dieses Gebiet und die sudetendeutschen Arbeiter in andere Gebiete fließen. Auch hier würde ein gesellschaftlicher Wandel einsetzen, der die Landkarte völlig verändern würde.

TRANSFORMATION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM FASCHISMUS

Ausgangspunkt der nationalsozialistischen autarken Wirtschaftspolitik nach der Machtübernahme 1933 war die Loslösung Deutschlands aus den Bindungen der internationalen Wirtschaft. Deutschland musste in der Lage sein, sich selbst zu ernähren und seine Wirtschaft unabhängig vom Ausland zu betreiben. Es stellt sich die Frage, ob dieses Streben aus der „Weltanschauung“ des Nationalsozialismus erwuchs oder ob es sich um eine unausweichliche „Notwendigkeit“ handelte, da keine andere Möglichkeit blieb. Sicher ist, dass diese Selbstversiegelung von Deutschland durch das Streichen von Auslandsschulden, sowohl staatlicher als auch kommerzieller Art, eingeleitet wurde. Geschah dies, weil die deutschen Kapitalisten auf diese Weise ihren Auslandsverpflichtungen leicht nachkommen konnten, d.h. um des Profits willen, oder ließ der Zusammenbruch der Staatsfinanzen, den die Nazis als Erbe der Krisenjahre hinnehmen mussten, keinen anderen Weg?

Um die aktuelle Situation und die Entwicklungstendenzen zu verstehen, ist es völlig unnötig, Antworten auf diese Fragen zu suchen. Tatsache ist, dass dieser Weg eingeschlagen wurde und die Grundlage für eine neue Entwicklung der Wirtschaft gelegt wurde. Das Zerreißen der Schuldscheine machte nicht nur weitere Auslandskredite für das Dritte Reich unmöglich, sondern erschwerte auch die Exportmöglichkeiten, die durch die Weltkrise bereits eingeschränkt waren. Es schien daher, dass die wirtschaftliche Zerrüttung

Deutschlands durch diese Maßnahme noch verstärkt würde. Ohne verstärkte Exporte, ohne Auslandskredite, ohne Gold und ohne nennenswerte Auslandsbilanzen war es nur sehr begrenzt möglich, die notwendigen Importe ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel aufrecht zu erhalten. Der Austausch von Waren war praktisch nur noch „in Naturalien“ möglich. Der Weg der *Autarkie* musste beschritten werden. Und Autarkie bedeutete, dass alle Waren, die zuvor im Ausland gekauft wurden, nun im Land selbst hergestellt werden mussten.

Nun kann man in Deutschland natürlich nur Produkte herstellen, die auf dem „heimischen Boden“ wachsen, also zum Beispiel keine Baumwolle oder Gummi. Es ist nicht möglich, Mineralien aus dem „heimischen“ Boden zu extrahieren, die nicht in ihm enthalten sind. Und der deutsche Boden enthält wenig oder gar kein Erdöl, Eisen, Bauxit (Aluminiumerz), Kupfer, Nickel, Schwefel, Quecksilber, Wolfram und so weiter. Die Produktion von Stoffen, die in Deutschland vorhanden sind, musste daher fieberhaft gesteigert werden, was eine stürmische Ausweitung des Produktionsapparates bedeutete. Und was in Deutschland gar nicht zu finden ist, musste so weit wie möglich durch chemische Kunstprodukte ersetzt werden. Dies führte auch zu einer Ausweitung des Produktionsapparates. Ganz neue Industrien entstanden für die Herstellung von künstlichem Öl, künstlicher Wolle, künstlichem Kautschuk und so weiter.

Die Autarkie führte nicht nur zu einer Ausweitung des Produktionsapparates, sondern auch zu einer Verbesserung des gesamten deutschen Verkehrssystems: der Bau von Straßen und Kanälen und die Motorisierung des Verkehrs, der Ausbau der Elektrizitätsversorgung. Aber jeder Schritt in Richtung einer Ausweitung des Produktionsapparates erhöhte den Bedarf an Rohstoffen und gab einen neuen Anstoß zur Gründung neuer Unternehmen für andere Ersatzstoffe. So entsteht derzeit ein umfangreiches neues Betriebsleben.

Solange dieser Aufbau im Gange ist, wird der Bedarf an Rohstoffeinfuhren jedoch nicht verringert, sondern erhöht. Im Jahr 1937, nach fünf Jahren Autarkie, musste Deutschland vier Fünftel seines Bedarfs an Eisen, drei Viertel seines Bedarfs an Textilrohstoffen und mehr als drei Fünftel seines Bedarfs an flüssigen Brennstoffen durch Einfuhren decken. Durch die Politik der Autarkie geriet Deutschland in eine immer größere Abhängigkeit vom Ausland, die der Staat durch die Stärkung seiner politischen Macht zu verhindern suchte. Solange die Autarkie noch „im Aufbau“ ist, muss sie vor allem militärisch aufgerüstet werden. Diese Aufrüstung bedeutet aber auch einen höheren Bedarf an Eisen, Leichtmetallen, Erdöl und Baumaterialien. Sie verschärft die Rohstoffknappheit und forciert die fieberhafte Entwicklung der Rohstoffproduktion. Aufrüstung und Ausbau des Produktionsapparates bedingen sich gegenseitig und verstärken gemeinsam den Druck des Rohstoffbedarfs.

ÖSTERREICH UND SUDETENLAND

Die Tatsache, dass Österreich und das Sudetenland als erste dem Expansionsdrang des Dritten Reiches zum Opfer fielen, bedeutet nicht, dass wirtschaftliche Notwendigkeiten den deutschen Angriff in genau diese Richtung trieben. Weder Österreich noch das Sudetenland bieten Deutschland die Märkte, die es braucht. Hier sind auch nicht die Rohstoffe zu finden, an denen es Deutschland vor allem mangelt. Die eroberten Gebiete sind, wie das Deutsche Reich, auf den Export ihrer industriellen Fertigprodukte angewiesen. Wie das Reich beziehen sie ihre Rohstoffe aus anderen Ländern. Die sechs Monate, die seit dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland vergangen sind, haben deutlich gezeigt, dass sich die deutsche Handelsbilanz durch die Eroberung nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hat.

Passiver Saldo -; Aktiver Saldo +; in Millionen Reichsmark			
	Altes Reich	Österreich	Großdeutschland
April	-7	-19	-26
Mai	-28	-24	-52
Juni	-28	-23	-51
Juli	-22	-24	-2
August	-38	-26	-64
In fünf Monaten	-79	-116	-195

Die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft hat das Handelsbilanzdefizit, d.h. den Devisenbedarf, um das Zweieinhalbfache erhöht. Die Lücke in der Devisenversorgung ist viel größer geworden.

Zumindest aber brachte Österreich Eisenerz und Holz als Mitgift in diese Zwangsehe ein. Sudetendeutschland bringt nicht einmal das. Wie in Österreich sind es vor allem Spinnereien und Webereien, Metallverarbeitungsbetriebe, Porzellan- und Glasfabriken. Aber auch die Textil-, Glas- und Porzellanindustrie ist im Reich nicht voll in Betrieb. Aufträge, die aus politischen Gründen jetzt im Sudetenland platziert werden, müssen im Erzgebirge fallen gelassen werden. Außerdem mangelt es an Rohstoffen für Textilien und Metallerze. Es gibt nur einen wirklichen Reichtum an Braunkohle. Diese ist aber in Deutschland selbst in ausreichender Menge vorhanden. Es gibt also keine wechselseitige wirtschaftliche „Ergänzung“. Das Reich hat Industrien erobert, die es bereits in Hülle und Fülle besaß, während sich der Mangel an Rohstoffen nicht verringert, sondern vergrößert hat.

DIE RICHTUNG DER EXPANSION

Die natürliche Ergänzung des deutschen Industrieraums findet sich nicht in den ressourcenarmen österreichischen und sudetendeutschen Industriegebieten, sondern in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten des Südostens, wo die Industrie noch in den Kinderschuhen steckt. Die sorgfältig organisierte und durchdachte Handelspolitik des Dritten Reiches in den Donau- und Balkanländern bestand darin, die österreichische und nordböhmische Industrie aus ihren Märkten und damit aus ihren Rohstoffgebieten in Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien zu vertreiben. Auf diese Weise verdrängte sie ihre Konkurrenten England, Frankreich und Italien aus dem Balkanhandel.

Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Deutschlands „friedliche Durchdringung“ des Südostens hat dazu geführt, dass Frankreich und Italien fast vollständig ausgeschaltet wurden und nur noch England als ernsthafter Rivale übriggeblieben ist.

Aber auch der Vorsprung vor England ist sehr groß. Dies zeigt sich am besten am Anteil Englands und Deutschlands am Außenhandel dieser Staaten im Jahr 1937:

Anteil des Außenhandels in %	England	Deutschland
Ausfuhren aus Südslawien	7,4	35,0
Einfuhren nach Südslawien	7,8	42,7
Ausfuhren aus Ungarn	7,1	41,1
Einfuhren nach Ungarn	5,3	44,1
Ausfuhren nach Rumänien	8,8	26,3
Einfuhren Rumänien	9,6	37,5
Ausfuhren nach Bulgarien	13,8	47,3
Einfuhren aus Bulgarien	4,7	58,2
Exporte Griechenland	9,7	32,2
Einfuhren Griechenland	10,9	29,6
Ausfuhren aus der Türkei	7,1	38,5
Einfuhren Türkei	6,2	43,6

Innerhalb von vier Jahren hat sich der deutsche Handel mit vier Balkanländern fast verdreifacht. Der Anteil dieser vier Länder am gesamten deutschen Handel betrug 1934 nur 3,64 % und stieg 1937 auf 8 %. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1937 machte der Handel mit diesen Ländern 7,68 % des gesamten deutschen Handels aus, in den ersten sieben Monaten des Jahres 1938 waren es bereits 9 %. Während sich der gesamte deutsche Handel in den ersten sieben Monaten des Jahres 1937 auf 6,26 Milliarden Mark und in den gleichen Monaten des Jahres 1938 auf 6,18 Milliarden Mark belief (ein Rückgang von 1,3 %), stieg der Umsatz mit diesen vier Ländern im gleichen Zeitraum um 15,6 %.

Damit entfällt etwa ein Zehntel des deutschen Außenhandels auf diese bereits halb eroberten Länder.



GEWERKSCHAFTLICHE OPPOSITION IN FRANKREICH

Seitdem die französische Gewerkschaftsbewegung, die C.G.T., Teil der so genannten „Volksfront“ geworden ist, hat diese Gewerkschaftsbewegung immer offener den Weg des Streikabbruchs eingeschlagen, die stille Aufhebung der 40-Stunden-Woche durch die Regierung und die Unternehmer ignoriert und die Politik der Zwangsschlichtung unterstützt. Kurzum: Die französische C.G.T. passte sich sehr schnell an die Bedürfnisse des französischen Kapitals an.

Es ist offensichtlich, dass in den Gewerkschaften eine Opposition gegen die „schlechten Führer“ entstand, um die C.G.T. auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu führen. Bald schloss sich diese Opposition zusammen, um gemeinsam eine Propagandazeitung herauszugeben. So erschien am 15. Januar 1938, also vor genau einem Jahr, die erste Ausgabe von *Reveil syndicaliste*, der Zeitschrift der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit dem Namen „Klassenkampf“. Diese Gewerkschaftsopposition war jedoch in ihren Grundsätzen sehr schwach, denn sie war eine „Einheitsfront“ verschiedener Strömungen: Anarchisten, Anarchosyndikalisten, revolutionäre Gewerkschafter, Trotzlisten, Linkssozialisten und Mitglieder der „Union-Communiste“, die die Monatszeitschrift „Internationale“ herausgibt.

DIE KERNE

Die eigentliche Tätigkeit der Oppositionsgruppe „Klassenkampf“ bestand darin, in allen Betrieben, in denen dies nur möglich war, aus den Mitgliedern der C.G.T. revolutionäre Fachgruppen zu bilden. Diese Kerne arbeiteten dann mit der Zeitschrift *Reveil Syndicaliste* zusammen, um die Politik der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit zu vereiteln.

Es muss gesagt werden, dass die 25 Ausgaben der Zeitung, die erschienen sind, nicht mit Kritik an der herrschenden Klasse, den Stalinisten, der Sozialdemokratie und der C.G.T., dem Nationalismus aller zusammen, gespart haben, auch wenn das organisatorische Ergebnis nicht viel mehr war als die Bildung von etwa hundert Betriebskernen. Die Auflage der Zeitung konnte auf etwa 10.000 Exemplare erhöht werden. Bei einer Mitgliederzahl der C.G.T. von 3½ Millionen war dies natürlich nicht sehr bedeutend.

Wie gesagt, diese Kerne waren in ihren Grundsätzen sehr schwach, weil sie nicht von neuen Vorstellungen über Ziel und Taktik im Klassenkampf getragen wurden, sondern viel mehr zu den alten, zu den guten alten Zeiten einer revolutionären C.G.T. zurückkehren wollten. Die C.G.T. musste von den politischen Parteien getrennt werden, denn die Gewerkschaftsbewegung *sollte eine reine Wirtschaftsbewegung sein*. Und im Hinblick auf die wilden Streiks, die in Frankreich immer wieder ausbrachen, zielte ihre Propaganda sicherlich darauf ab, die Bewegungen zu stärken, indem sie sie ausweiteten. Aber was die Führung solcher Bewegungen betrifft, so taten sie nichts anderes, als die Gewerkschafter auf ihre „Pflicht“ hinzuweisen, die Führung in ihre Hände zu nehmen. Obwohl es in der französischen Bewegung immer wieder zur Bildung von Betriebsausschüssen kam, die nicht von der Gewerkschaftsbewegung, sondern von der Belegschaft des Betriebes gebildet werden, gefordert wurde, hat der *Reveil Syndicaliste* nie zur Bildung solcher Ausschüsse aufgerufen, geschweige denn eine Perspektive für die Aufgabe dieser Ausschüsse eröffnet.

DER KONGRESS

In der Zwischenzeit fand zu Weihnachten (Dezember 1938) in Paris ein Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt, auf dem unter anderem die Frage der Streikkomitees diskutiert wurde. Es war eine relativ kleine Versammlung. Nur 53 Kerne waren vertreten, da nach dem „Generalstreik“ vom 30. November ein großer Teil der Organisation zerstört wurde. In vielen Betrieben wurden alle revolutionären Gewerkschafter entlassen, so dass sie keinen „Kern“ mehr haben und der Verkauf der Zeitung folglich stark zurückgegangen ist. Von den anwesenden Gruppen gehörten 28 zum Pariser Bezirk, 10 zur Provinz und 15 zu den revolutionären Ausbildern.

Die Debatten über die Bedeutung der Betriebsausschüsse bei Streiks zeigen deutlich, dass diese Organe der Massenbewegung nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten. Die Debatten zeigen aber auch, dass sie trotzdem überall agierten, auch wenn sie nicht wussten, wie sie ihre Macht zu einer organischen Klasseneinheit, zu einer totalen Klassenfront, zusammenfassen sollten. Der Vertreter der Beamten sieht ganz klar, dass die Betriebskomitees die Organe der Klasseneinheit sind, die die Unorganisierten und die Organisierten zu einer Kampfeinheit machen. Nun stellt sich die Frage nach den Unorganisierten. Es handelt sich nicht immer um „Gelbe“, aber sie machen einen beträchtlichen Teil der ernsthaften Kämpfer aus. Die Leitprinzipien der C.G.T. können durch die Demokratie in der Organisation nicht verändert werden. Der

Kampf gegen die Führer ist letztlich eine Klassenfrage. Es ist möglich, einen Ausweg zu finden durch die Kampfkomitees, die Streikkomitees, Betriebskomitees, die von allen Kämpfern gewählt werden, wo ...[?] ¹

Aber der Vertreter der P.T.T. [Postbetrieb] sieht diese Organe der Massenbewegung noch gar nicht als die Mittel, mit denen die Massen selbst ihre Bewegung führen. Die schlechten Führer der C.G.T. müssen durch die guten Führer der revolutionären Gewerkschaftsopposition ersetzt werden. Er sagt: „Wir sind jetzt noch eine parlamentarische Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Aber wir müssen das Terrain wechseln. Wir müssen versuchen, über die Betriebsräte die Führung der Bewegungen zu übernehmen.“

Der Kern der *Bekleidungsindustrie* ist der Ansicht, dass „Betriebsausschüsse angesichts der großen Zahl nicht organisierter Personen unverzichtbar sein werden“. Der Leitgedanke ist jedoch, dass wir in eine Periode des Umbruchs im Klassenkampf eintreten, in der die „Machtfrage“ in den Vordergrund rückt. „Deshalb brauchen wir Komitees von Arbeitern und Bauern, um den proletarischen Kampf mit den Kleinbauern zu verbinden.“ „Die Komitees der Arbeiter und Bauern werden die direkten Organe der ‚Volksmacht‘ sein.“

Aber der Kern der *Korrektoren* (Zeitungsbetriebe) gießt seinem Vorredner kaltes Wasser auf den Kopf und behauptet, „wir sind noch weit von der Machtfrage entfernt“. Deshalb will er auch die Frage der Betriebsausschüsse ausklammern. „Die Frage der Betriebsausschüsse wird sich durch die Ereignisse selbst stellen.“ Auch der Abgeordnete Galopin sieht vorerst keinen revolutionären Anstieg, sondern hält einen „Rückgang für sehr wahrscheinlich“. Deshalb hält er die Einrichtung von Betriebsausschüssen für schädlich für die weiteren Propagandamöglichkeiten in der Gewerkschaft. Natürlich muss man die Unorganisierten in den Kampf einbeziehen, aber wir sollten ihnen nicht die Möglichkeit geben, durch die Organisation von Betriebsausschüssen ausgeschlossen zu werden.

Für die *Geländearbeiter* nimmt die ganze Diskussion eine unerwünschte Wendung, denn es geht um „Politik“. „Wenn die Gruppe einen politischen Charakter annimmt, werden sich die Arbeiter von ihr abwenden. Sie haben genug von der politischen Gymnastik.“ Und der Abgeordnete Gruyard fügt hinzu, dass er „für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung ist.“ „Genauso wie man politische Diskussionen in der Gewerkschaft ablehnen muss, müssen wir sie auch aus der Gruppe heraushalten.“

Beschäftigte im Lebensmittelbereich (Lille) sind der Ansicht, dass „die Frage der Betriebsausschüsse nicht aktuell ist, da wir uns in einer Phase des Niedergangs befinden“. Deshalb sollten die revolutionären Fachkerne in den Betrieben ausgebaut oder gegründet werden. Die *Gemeindearbeiter* sind jedoch der Meinung, dass betriebliche Ausschüsse von organisierten und revolutionären nicht organisierten Arbeitern eine Unterstützung im Kampf sein können.

Der Abgeordnete Roche traut den Unorganisierten nicht, denn „die Erfahrung der C.G.T.U. hat gezeigt, dass Streikkomitees, in denen Unorganisierte saßen, unmittelbar nach dem Streik verschwunden sind“.

Der Delegierte Guilloré kann nur Letzteres betonen und man muss seine Schlüsse daraus ziehen. Er erklärt: „Die Arbeiter, die die C.G.T. verlassen haben, sind in großer Mehrheit Elemente der Nachhut. Die Kerne müssen sich daher bemühen, die desillusionierten Revolutionäre wieder in die Gewerkschaft zu holen. In den kommenden Bewegungen müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Bürokraten richten. Die Betriebsausschüsse haben in der gegenwärtigen Zeit des Niedergangs keinen Platz. Deshalb müssen wir die Betriebskerne stärken, denn die Vorhut befindet sich immer noch innerhalb der C.G.T.“

Im Anschluss an die Diskussionen wurden mehrere Entschlüsse zur Abstimmung gestellt. Hier ist die erste Entschlüsselung, die mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Sie lautete:

RESOLUTION ÜBER DIE AKTIONSAUSSCHÜSSE

„Wir streben eine Rückkehr zu den früheren Zielen der C.G.T. an: den revolutionären Sturz des Kapitalismus. Zu diesem Zweck ist es wichtig, die organisierten Arbeiter mit den nicht organisierten, die städtischen Arbeiter mit den ländlichen Arbeitern zu verbinden. Deshalb müssen die Gewerkschaften Arbeiter- und Bauernkomitees gründen, die zu direkten Organen der Volksmacht werden.“

Die folgende Entschlüsselung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen:

„In der gegenwärtigen Situation der Verteidigung der Arbeiterbewegung spricht sich die Konferenz gegen die Bildung von Betriebsausschüssen aus, die nur dazu führen würden, dass wir von der C.G.T. ausgeschlossen werden.“

Die Konferenz spricht sich für die Loyalität zu den Gewerkschaften sowie für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftskerne in den Betrieben aus. Dies schließt die Bildung von Streikkomitees, die von den Gewerkschaften abgelehnt werden, keineswegs aus.

¹ Der Satz bricht hier ab.

RESOLUTION ÜBER DIE UNABHÄNGIGKEIT

Auch die Haltung zur Bildung einer „Einheitsfront“ der Gewerkschaftsgruppe „Klassenkampf“ mit anderen Organisationen wurde festgelegt. Es gab wieder zwei Resolutionen. Man liest:

„Die revolutionären Gewerkschaftskerne bekräftigen ihre völlige Unabhängigkeit von allen Parteien. Es gibt keinen Platz für ein direktes Abkommen mit Parteien und anderen Organisationen, denn die Kerne bilden bereits eine Einheitsfront unter den revolutionären Gewerkschaftern.“

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Minderheitsresolution lautete wie folgt:

„Die Gruppe ‚Klassenkampf‘ drückt ihre völlige Unabhängigkeit von den Parteien aus. Er lässt die Möglichkeit offen, dass der nationale Vorstand je nach den Umständen Vereinbarungen mit Arbeiterorganisationen außerhalb der C.G.T. schließen kann.“

DER ABLAUF DES KONGRESSES

ist sehr lehrreich. Er zeigt mit erstaunlicher Klarheit die enorme Schwäche der französischen Arbeiterklasse, trotz der mächtigen Massenbewegungen, die seit 1934 durch Frankreich fegten. In diesen Bewegungen wurden von den Betrieben immer wieder Aktionskomitees als Kampforgane eingerichtet (wie die Debatten zeigen), die zwar von niemandem propagiert wurden, aber ihre Existenzberechtigung für die revolutionären Arbeiter kaum beweisen konnten. Dies zeigt, dass der Kampf sehr wenig Tiefe hatte, die Aufgabe dieser Betriebsräte ging offensichtlich nicht über die Durchsetzung einiger Forderungen „zu Hause“, d.h. im Betrieb, hinaus. Die Arbeiter kämpften zu Tausenden, aber immer noch jeder für sich, während sie von den Gewerkschaften die allgemeine Zusammenfassung der Kampffront forderten. Sie dachten, dass sie sie freiwillig oder unfreiwillig unterstützen müssten, wenn sie sich dem Kampf erst einmal selbst angeschlossen hätten. Diese Illusion wurde von der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ immer wieder genährt. „Organisierte, fordere von euren Führern die Rückkehr zur Massenaktion vom Juni 1936 statt Unterwerfung und erringe so neue Siege!“ (*Reveil Syndicaliste*, 12. September 1938).

Die Weihnachtskonferenz dieser Opposition hat gezeigt, dass sie diesen verhängnisvollen Weg weiterverfolgen wird. Der größere Teil dieser Opposition glaubt, die Gewerkschaften zum Kampf mit den Arbeitern „zwingen“ zu können; ein kleinerer Teil weiß, dass dies eine Illusion ist. Doch alle, ohne Unterschied, sind für die Arbeit in den Gewerkschaften, „weil sie bei den Massen bleiben wollen“. Das ist sehr merkwürdig, denn die große Masse der Arbeiter ist nicht in den Gewerkschaften organisiert. Die große Masse ist außerhalb der Gewerkschaften. Nun mag man sagen, dass diese große Masse kein politisches Interesse hat, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass dieselben Massen den großen Kampf zu führen haben. Es liegt daher auf der Hand, dass sich unsere Propaganda in erster Linie an die Massen *außerhalb der Gewerkschaften* richten muss. Oder besser gesagt, da die Praxis des Kampfes gezeigt hat, dass in jeder Bewegung die Organisierten und die Unorganisierten gemeinsam über ihre Betriebsräte kämpfen, können wir uns in unserer Propaganda auch nur an die gesamte Klasse wenden, unabhängig davon, ob die Arbeiter organisiert sind oder nicht. *Die Aufgabe dieser Betriebsräte muss im Mittelpunkt unserer Propaganda stehen.*

Die Illusion, man könnte die Gewerkschaften zu einem wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie zwingen, beruht darauf, dass man das Wesen der heutigen Gewerkschaftsbewegung nicht verstanden hat. Ihre Aufgabe ist nicht der Kampf, sondern die Vermittlung. Dies ist sicherlich keine freiwillige Entscheidung der Gewerkschaftsbewegung. Sie hat keine andere Wahl. Als die französische Bourgeoisie am 30. November den „24-stündigen allgemeinen Proteststreik“ mit Gegenmaßnahmen konterte, *hatte* die wohlhabende Klasse *nur wenige Mittel angewandt*, um die Kämpfe der Gewerkschaften zu unterdrücken. Sie drohte den Streikenden lediglich mit Entlassung, führte eine Gegenpropaganda über das Radio durch, postierte die Streitkräfte an verschiedenen Stellen, schickte Militäringenieure in die wichtigen Betriebe und rief verschiedene Arbeitergruppen zum Militärdienst auf. Aber das waren alles Maßnahmen, bevor der Kampf der Gewerkschaftsbewegung überhaupt begonnen hatte. Diese Aktion der besitzenden Klasse reichte bereits aus, um den Gewerkschaften eine vernichtende Niederlage zuzufügen. Sie waren dieser Macht nicht gewachsen.

Doch die herrschende Klasse hatte ihre Macht noch lange nicht ausgeschöpft. Sie war noch nicht dazu übergegangen, Versammlungen oder Demonstrationen zu verbieten oder die Zeitungen der Gewerkschaftsbewegung zu verbieten. Die Verhaftung von Gewerkschaftsfunktionären oder die Beschlagnahmung von Geldern und damit die Unterbrechung des Organisationsapparats der Gewerkschaftsbewegung waren noch nicht erfolgt. Das war überhaupt nicht nötig. Die Macht der Gewerkschaftsbewegung, sofern man hier von Macht sprechen kann, beruht allein auf der Verwaltung des Apparats, der Kassen, der Zeitungen und der Möglichkeit, zu Demonstrationen und Versammlungen aufzurufen. Wenn die Bourgeoisie die Fäden dieses Apparats durchschneidet, indem sie die Verwalter verhaftet und durch Beschlagnahmen, hört er völlig auf zu funktionieren. Wenn die Arbeiter unter solchen Umständen kämpfen, müssen sie es ohne diesen Apparat tun, so dass sie unabhängige Kampfverbände

schaffen müssen. Auf jeden Fall ist es absolut sicher, *dass dieser Apparat nicht gegen die besitzende Klasse kämpfen kann*. Er ist viel zu anfällig. Ein Kampf gegen die besitzende Klasse wäre *Selbstmord* für die Gewerkschaftsbewegung. Sie würde sich selbst abschaffen. Das ist der Grund, warum sie es nicht tut. Deshalb hat sie keine andere Funktion als die, zwischen Kapital und Arbeit zu *vermitteln*. Ihre *Lebensbedingungen bestimmen, dass sie am Apparat des kapitalistischen Systems teilhaben wird*.

Das ist es, was in Frankreich im Moment gesagt werden muss. Und deshalb ist die ganze Taktik, die Führer zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu „zwingen“, völlig falsch, eine Täuschung. Eine solche unfruchtbare Politik stärkt die Arbeiterklasse nicht, sondern schwächt sie, weil sie die reale Situation nicht aufdeckt und es ermöglicht, dass jede Bewegung der Arbeiter durch die „Vermittlung“ zerstört wird. Im Gegenteil, es ist jetzt unsere Aufgabe zu zeigen, was es bedeutet, wenn sich die Gewerkschaftsbewegungen in eine Arbeiterbewegung einmischen. Sie führen eine solche Bewegung direkt in eine Sackgasse, indem sie sie entweder direkt zerschlagen oder sie isolieren und damit ausbluten lassen. Diese Tötung jeder Arbeiterbewegung ist die Pflicht eines jeden Führers, der die Gewerkschaft am Leben erhalten will.

Wie wenig die französische Arbeiterklasse diese Verbindung der Gewerkschaftsbewegung mit der besitzenden Klasse versteht, zeigt das völlige Fehlen einer Verbindung der Aktionskomitees außerhalb jeder Gewerkschaftsbewegung, um den Kampf selbst zu führen. Und wie wenig die gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung von der „Avantgarde“ in der heutigen Zeit verstanden wird, zeigt sich daran, dass sie immer noch den gleichen Weg gehen wollen. Und deshalb hat die französische Arbeiterklasse noch viele große Niederlagen zu verkraften.

Eine große Aufgabe kann nicht mit kleinen Mitteln bewältigt werden. Wir müssen klar sagen, dass die Gewerkschaften in der heutigen Zeit notwendigerweise die Würger jeder Arbeiterbewegung sein müssen. Unsere Aufgabe kann nicht darin bestehen, die C.G.T. „wiederzubeleben“. Die C.G.T. ist mehr als lebendig ... zum Nachteil der Arbeiterklasse. Eine große Aufgabe kann nur mit neuen und wirksamen Mitteln bewältigt werden. Der Kampf gegen die besitzende Klasse erfordert die gesamte Arbeiterklasse und nicht nur die 10 oder 15%, die jetzt in der C.G.T. organisiert sind. Die großen Mittel sind, dass schwache Anfänge der Bildung von Betriebsräten zu einem zusammenhängenden Ganzen von Arbeiterräten entwickelt werden müssen, in denen Organisierte und Unorganisierte als Kampfeinheit verbunden sind.

Die Debatten auf dem Weihnachtskongress haben gezeigt, dass viele Arbeiter diese Möglichkeit nur in einer Revolution sehen, nicht aber in der Zeit des „normalen“ Klassenkampfes. Die Praxis zeigt jedoch immer wieder, dass dies falsch ist. Die Gewerkschaften brechen nicht nur Revolutionen, sondern auch jede Bewegung der Arbeiter, oder versuchen zumindest, sie zu isolieren. Daher ist auch für den „normalen“ Kampf kein anderer Weg möglich.

Deshalb kann eine wirkliche Klassenpropaganda heute nur unter dem Motto stehen: Jeder Kampf in den Händen der vereinigten Betriebsbelegschaft. Sollte die Propaganda zur gleichen Zeit durchgeführt werden: Die Gewerkschaftsbewegung verlassen? Wir sind nicht dieser Meinung. Wenn die Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung verlassen, ohne die Einsicht gewonnen zu haben, dass sie als ganze Klasse kämpfen müssen, ist nichts gewonnen. Wenn sie die Gewerkschaftsbewegung verlassen, um die Propaganda für eine unabhängige Klassenbewegung weiterzuführen, ist alles gewonnen. Deshalb wenden wir uns in der Propaganda an alle Arbeiter, organisiert und unorganisiert, um die Kräfte der gesamten Klasse zu stärken.



SOLLEN DIE EUROPÄISCHEN ARBEITER RUSSLAND VERTEIDIGEN?

In den Wochen der Kriegsdrohung spielte auch die Frage eine Rolle, wie die Haltung der Arbeiter zum Krieg durch ihre Haltung zu Russland bestimmt werden sollte. Sollten die Arbeiter in Westeuropa, die ihr Klasseninteresse verstehen, sich auf die Seite Russlands gegen andere Länder stellen?

Es ist eine Tatsache, dass auch außerhalb der Kommunisten und Sozialisten in weiten Kreisen der westeuropäischen Arbeiterschaft Sympathien für Russland herrschen. Trotz der Diktatur Stalins; trotz der Erschießung der alten bolschewistischen Führer; trotz des Staatskapitalismus, in dem eine Bürokratie von Beamten als neue Herrscher und Ausbeuter die arbeitenden Massen unterdrückt. Trotz alledem hat man das Gefühl, dass die russische Revolution und das neue Russland einen großen Sprung nach vorn für die Welt bedeuten.

Die Revolution war für die Arbeiter das erste Beispiel für eine massive eigene Aktion großer Industriemassen, die sich nach dem Rätssystem organisierten. Und sie hat ein Volk von mehr als 100 Millionen Menschen aus

der vorkapitalistischen Stagnation in den Strom des kapitalistischen Fortschritts geworfen. Anstatt zu stagnieren und in primitiver Barbarei zu verrotten, trat Russland durch die Revolution in eine Periode rascher industrieller Entwicklung ein. Wo früher unwissende Kleinbürger und ungebildete Rohbauern auf primitivste und schäbigste Weise in ihren kleinen Betrieben schufteten und hungerten, entstehen jetzt Fabriken, Kolchosen, Schulen; dort ist ein neuer Geist des Fortschritts, der Technik und der Wissenschaft, der Anstrengung für neue Ziele, des Enthusiasmus, des Wettbewerbs erwacht. Bei dieser Beurteilung sollte man sich allerdings nicht von der Propaganda der KP beeindrucken lassen, dass in Russland die Arbeiterklasse regiert und ein glorreiches Arbeitervaterland errichtet hat; stattdessen muss man die einfache Wahrheit sagen, dass diese sich neu entwickelnde Gesellschaft eine Gesellschaft der Ausbeutung und der wachsenden Klassengegensätze ist, die nur durch eine grausame Diktatur kontrolliert werden kann. Sie muss als ein historisches Ereignis, als Teil der großen Entwicklung der Welt gesehen werden. Oder, genauer gesagt, als ein neuer Fall in der Reihe der bürgerlichen Revolutionen, die der rückständigen, feudalen oder absolutistischen Barbarei der Gesellschaft ein Ende gesetzt haben und noch immer setzen. Der Fall ist derselbe wie bei der Französischen Revolution vor eineinhalb Jahrhunderten. Dort setzten die aufstrebende Bourgeoisie und die unterdrückten Bauern gemeinsam dem starren feudalen Absolutismus ein Ende und machten den Weg für die kapitalistische Entwicklung frei. Auch dort waren die aufstrebenden Klassen von Enthusiasmus, Energie und Idealismus erfüllt, da sie eine neue Freiheit und eine Welt voller Möglichkeiten vor sich sahen. Aus den Söhnen der Bauern und Bürger gingen die Kapitäne und Generäle, die Unternehmer und Politiker hervor, die die Revolution und die neue Gesellschaft anführten – so wie im neuen Russland aus den Söhnen der Arbeiter und Bauern die Techniker, Betriebsleiter, Offiziere und Beamten hervorgingen, die heute einen wichtigen Teil der neuen herrschenden Klasse bilden. Wie bei jedem großen Fortschritt in der Geschichte gilt unsere Sympathie der neu entstandenen Klasse, die mit so viel Elan für ihre Ideale gekämpft hat. Das bedeutet aber nicht, dass wir ihre Sache mit unserer eigenen, der Sache der Arbeiter, identifizieren. Wir wissen sehr wohl, dass die aufstrebende Klasse damals in Frankreich als die neue herrschende Klasse sofort ihre Maßnahmen ergriff, um die Arbeiter unter sich zu halten. Auch in Russland beginnt der neue Klassenkampf zwischen der neuen herrschenden Klasse und den Arbeitern zu wachsen, vielleicht noch kaum sichtbar. Und dabei stehen wir auf der Seite der russischen Arbeiter gegen ihre Ausbeuter. Auch wenn sie jetzt die Träger der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung sind, ist ihre Sache nicht unsere Sache. Unsere Sache ist die ihrer neuen Feinde, der neu entstehenden proletarischen Klasse. Die Verwirrung im Denken rührt hauptsächlich daher, dass alle Arten von Fortschritt und Revolution in einen Topf geworfen werden, ohne den Unterschied in ihrem inneren Wesen, in ihrem Klassencharakter zu sehen. Da das Ziel der Arbeiterklasse, die Zerstörung des Kapitalismus, auch eine Revolution ist, werden ihr alle möglichen bürgerlichen Revolutionen als Ziele präsentiert, mit der Botschaft, dass sie diese unbedingt unterstützen muss. Als bürgerliche Revolutionen bezeichnen wir hier jene Revolutionen, in denen eine Form des Kapitalismus oder des Industrialismus unter einer neuen herrschenden Klasse an die Stelle der vorkapitalistischen Produktion tritt und so den Weg für eine rasche wirtschaftliche Entwicklung ebnet. Solange sich der Kapitalismus in der Welt ausbreitet, treten neue Völker in diesen Übergang ein, jedes in einer anderen, von der Vorgeschichte bestimmten Form. Nach den ersten berühmten Revolutionen des aufstrebenden Bürgertums in England und Frankreich in früheren Jahrhunderten kam im 19. Jahrhundert Deutschland in kleinen Schritten dazu, dann kam im 20. Jahrhundert Japan. Die revolutionäre Entwicklung in diesen Ländern verläuft parallel zur entstehenden Arbeiterbewegung in Europa und Amerika. Aber sie hat einen ganz anderen Klassencharakter.

Ist es also nicht so, dass die Arbeiter um ihrer selbst willen gezwungen sind, der aufsteigenden Bourgeoisie in ihrem Land bei der bürgerlichen Revolution zu helfen? Gewiss, das haben sie immer getan, denn der Aufstieg des Kapitalismus war auch für ihre Zukunft notwendig. So haben auch in der russischen Revolution die Arbeiter ihre Pflicht getan, die russischen durch den Sturz des Zarismus, die westeuropäischen durch ihren Widerstand gegen die Versuche der kapitalistischen Regierungen, das Rote Russland in den ersten Jahren militärisch zu zerschlagen. Jetzt ist dort ein neuer mächtiger Staat entstanden, mit einer neuen herrschenden Klasse, die den anderen kapitalistischen Staaten ebenbürtig ist, mit ihnen das diplomatische Spiel spielt und durchaus in der Lage ist, ihnen zu widerstehen. Wie kann jemand glauben, dass westeuropäische Arbeiter auch nur den geringsten Grund, geschweige denn die Pflicht, hätten, dieser Regierung gegen andere Regierungen zu helfen?

Dies war aufgrund des besonderen Charakters der russischen Revolution möglich, der bei den nachfolgenden asiatischen Revolutionen noch stärker ausgeprägt ist. All diese Länder waren Kolonien oder Ausbeutungsgebiete des westeuropäischen und amerikanischen Kapitals, das die Naturschätze und die Arbeitskraft eines fremden Landes ausbeutet, manchmal direkt durch Bergwerke, Plantagen und Fabriken, aber auch indirekt, indem es Fürsten Geld leiht, die den Bauern für die Zinsen hohe Steuern auferlegen. Die Oberschicht in diesen Ländern beteiligt sich, zum Teil als Agenten und Beamte des ausländischen Kapitals, und entwickelt sich zu den Anfängen einer Bourgeoisie. Ihre Revolution zielt darauf ab, das ausländische

Kapital und seine Herrschaft abzuschütteln, selbst die herrschende Klasse zu werden und den gesamten Mehrwert im Land zu behalten. Es handelt sich also gleichzeitig um eine bürgerliche Revolution und einen nationalen Befreiungskrieg. Da sich der Kampf gegen das ausländische Ausbeuterkapital richtet, wird er als sozialistisch bezeichnet, und es wird die Unterstützung der sozialistischen Arbeiter des herrschenden Landes gesucht, da ihr Kampf gegen denselben Feind gerichtet ist. So haben sich die Sozialdemokraten oft als Fürsprecher der Unabhängigkeitsbestrebungen der Kolonialvölker betätigt, obwohl sie wussten, dass diese Bestrebungen nicht von einer Arbeiterklasse, sondern von einer aufstrebenden nationalen Bourgeoisie ausgingen.

Das war auch in Russland der Fall, das von der zaristischen Regierung als Agent des westeuropäischen Kapitals stark ausgebeutet wurde. Die russische Revolution war zugleich ein Abwerfen der Schuldenlast dieses Kapitals. Lenin und die Bolschewiki kannten das Großkapital vor allem als fremde Völker ausbeutendes Kolonialkapital; deshalb galt ihre Sympathie all den anderen, ebenfalls ausgeplünderten Völkern Asiens, und sie riefen sie – Persien, China, Indien – zum Kampf gegen das unterdrückerische, vor allem britische Kapital auf. So wurde Russland zur Avantgarde eines weltweiten Kampfes der kolonialen oder halbkolonialen Völker Asiens gegen das europäische Kolonialkapital. Der Kampf der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiter für den Kommunismus wurde mit diesem Kampf identifiziert. Als Teile einer großen Armee mussten westeuropäische Arbeiter und indische oder chinesische Nationalisten, angeführt von Russland, gegen das Weltkapital kämpfen. Es versteht sich daher von selbst, dass diese Arbeiter auch für Russland selbst eintreten mussten, sobald es angegriffen wurde.

In Wirklichkeit haben der Kampf der großkapitalistischen Arbeiter und der der östlichen Völker einen völlig unterschiedlichen Charakter und Zweck. Die revolutionären Arbeiter wollen den Kapitalismus zerstören, um die Ausbeutung vollständig abzuschaffen. Die Revolutionäre im Osten wollen den ausländischen Kapitalismus verjagen, um selbst zu Ausbeutern zu werden und die Früchte der Ausbeutung zu ernten. Wenn die Arbeiterklasse ihre proletarische Revolution macht, bedeutet das, dass in den am weitesten entwickelten Ländern die große technische Höhe der Produktion durch eine Selbstorganisation der produzierenden Menschen vervollkommen wird. Wenn sich die Kolonialländer befreien, bedeutet dies, dass ein erster Anfang mit der Einführung der neuen Technik in ihre ärmliche, primitive Produktion gemacht wird. Der Sieg der Arbeiter bedeutet eine Verschmelzung der Produktion und der produzierenden Völker zu einer internationalen Welteinheit. Siege der asiatischen Völker in ihrem Kampf gegen das Weltkapital bedeuten Siege des Nationalismus, Gründung neuer Nationalstaaten.

Die russischen Bolschewisten haben diesen Widerspruch nie verstanden. Auf den Kongressen der III. Internationale wurden stets beide Arten von Revolutionen genannt und die Arbeiter in Westeuropa aufgefordert, bei der Befreiung der unterdrückten Völker mitzuhelfen. Während nichts unternommen wurde, um diese Arbeiter selber widerstandsfähig zu machen, während der Kampf in Deutschland und in anderen Ländern mit dicken Worten und schwachem Reformismus verpfuscht wurde, richtete sich alle Aufmerksamkeit auf die koloniale Unterdrückung und die nationalen Bewegungen dagegen. Das ist ganz natürlich, denn die Russen hatten kein Verständnis für die ersteren, während sie in den letzteren das Fleisch ihres Fleisches sahen. So verhalfen sie der revolutionären chinesischen Bourgeoisie zum Aufstieg, so verbreiteten sie Propaganda in Indien. Und es ist auch ganz natürlich, dass das englische Kolonialkapital, vertreten durch die regierenden Tories, in Russland weiterhin den gefährlichsten Feind seiner indischen Herrschaft sah und deshalb Nazi-Deutschland als Gegengewicht kultivierte. Aber dieser Gegensatz geht über die Arbeiterklasse hinaus. Die Arbeiter brauchen ihre ganze Kraft für ihre eigene Aufgabe, ihre eigene Befreiung, und damit werden sie letztlich der Befreiung der ganzen Welt den größten Dienst erweisen. Viel mehr, als wenn sie versuchen würden, neue Klassen von Ausbeutern im Osten aufzubauen oder zu unterstützen.

Weil in Westeuropa die Bourgeoisie so stark war, dass die Arbeiter sie kaum herausfordern konnten, und weil in Russland, mit einem kleinen Anfang der Großindustrie, die bürgerliche Revolution gegen den verrotteten Zarismus vor allem durch die Angriffskraft der Arbeiter dieser Industrie gelang, übernahm die neue herrschende Klasse Russlands die Führung in der europäischen Arbeiterbewegung. Und so brach der starke revolutionäre Impuls, der von den ersten Arbeiteraktionen in Russland nach dem Krieg ausgegangen war, bald in eine Ära der Schwächung ein. Die Arbeiterbewegung in Westeuropa wurde durch quasimarxistische Slogans und Lehren vergiftet, die allesamt darauf abzielten, den tiefgreifenden Unterschied im Klassencharakter zwischen bürgerlichen und proletarischen Revolutionen zu verschleiern. Dazu gehört die Doktrin, dass die Arbeiterklasse Russland helfen muss und dass dies ihre Richtschnur in internationalen Angelegenheiten sein muss. Nur durch die Überwindung dieser Doktrin wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, für ihre eigene Befreiung einzutreten.



„WER NICHT ARBEITET, SOLL AUCH NICHT ESSEN.“

Nachstehend zitieren wir den Hauptteil eines „Leserbriefes“ in „De Nieuwe Rotterdammer Courant“ vom 14. dieses Monats, geschrieben von einem Direktor des „Maatschappelijk Hulpbetoon“ [Sozialhilfe].

„Unsere guten Vorväter hatten sicherlich eigenartige Ansichten über die Armenfürsorge und die sozialen Dienste, aber sie hatten den Vorteil, dass sie mit beiden Beinen auf dem Boden standen, und in dieser Nüchternheit wurde das Sprichwort geboren: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.‘“

„Was ist davon übrig? Seien wir ehrlich. Nichts. Und was sagt nun das Sozialamt? „Bittet und es wird euch gegeben werden.“

„Tausende von Steuerzahlern in den Niederlanden haben sich bei der letzten Thronrede ängstlich gefragt: Wie um alles in der Welt kann ich noch mehr bezahlen? Aber den Sozialminister kümmert das nicht und mit seiner *bekannt*en Großzügigkeit werden, um das Problem der Bediensteten zu lösen, die Löhne der Bediensteten bei der Berechnung der Unterstützung nicht berücksichtigt.“

Um Schwierigkeiten mit den Arbeitnehmerorganisationen zu vermeiden, ist dies in der Tat die einfachste Lösung. Aber es kostet ein paar saftige Millionen. (Diese Arbeitnehmerorganisationen sind allerdings nicht die schlechteste Sache der Welt!, „Radencommunisme“).

... Es gibt inzwischen genug Fälle, in denen der fleißige Arbeiter oder Büroangestellte seinen ehemaligen Kollegen beneiden kann. Er ist der Mann, der die Lücke der vergeudeten Millionen auszufüllen hilft; er bekommt kein billiges Fett und Butter, Gemüse und Fleisch, er bekommt keine 40 f. Zuschlag für ein Viertel des Ersparnen, keine kostenlose Benutzung des Badehauses, keine Kleidung oder Schuhe vom Krisenkomitee, keine kostenlose Stärkung für Frau oder Kind, keinen Zuschlag in der Krankenversicherungsprämie, und er hat vielleicht seit Jahren keinen gebratenen Fisch gegessen ...

Hier vergisst der verehrte Absender, dass der reiche Arbeitslose ebenfalls seine Steuer bezahlt als Steuer auf Zucker, Tee, Kaffee, Tabak, Milch, Kartoffeln usw. Oder sind das alles Genussmittel, die sich ein Arbeitsloser nicht leisten kann? Oder sind das alles Aufputzmittel, die sich ein Arbeitsloser nicht leisten kann? Aber würde dieser Direktor, der so viel Mitleid mit dem hart arbeitenden Arbeiter hat, der so schlecht bezahlt wird, dass sein Lohn sogar unter der Unterstützungsnorm liegt, diesem Arbeiter applaudieren und ihn ermutigen, wenn er für höhere Löhne streiken würde?

Und was ist die Moral hinter diesem ständigen Nachgeben? Nichts anderes als dass es sich für viele nicht mehr lohnt, Arbeit zu suchen.“

„Herr Redakteur, in einer Zeit, in der sich neun prominente Männer aus Handel und Industrie mit der dringenden Bitte an die Regierung gewandt haben, dass es so nicht weitergehen kann, weil die Niederlande dabei sind, sich selbst zu ruinieren, und jedes Jahr ein Kredit aufgenommen werden muss, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, halte ich es für notwendig, gegen eine Maßnahme zu protestieren, die die Belastung unnötig erhöht.“

[Ende der Zusammenfassung des Leserbriefes]

Und diese Angelegenheit hätte mit ein wenig Mut und Rückgrat gelöst werden können. Artikel 17 der Verordnung über staatliche Beihilfen eröffnet hier die Möglichkeit:

1. Die Beihilfe wird nicht gewährt oder verweigert, wenn a. usw., b. usw., c. usw., d. der Arbeitslose sich weigert, eine Arbeit anzunehmen, für die er als körperlich geeignet angesehen werden kann.

Warum sollte man den Töchtern der Geförderten nicht sagen: „Es gibt jetzt genug Arbeit für euch, denn es werden 14.000 Stellen frei, also macht euch an die Arbeit. Im Falle einer Arbeitsverweigerung hätte die Unterstützung um das Kindergeld des Unterhaltspflichtigen gekürzt werden können.

Und genau das hätten unsere Vorfahren getan und dabei das Sprichwort beherzigt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Sorgfältig angewendet ein gesundes Sprichwort.

In der Tat, mit Vorsicht angewandt, denn es gilt natürlich nicht für die Frauen, die selbst nichts tun und ein 14-jähriges Kind für einen Hungerlohn schufteten lassen, und für die kleinen von Dividende lebenden Reichen und all die anderen untätigen Bonzen.

Die Bedienstetenmaßnahme der Regierung für Arbeitslose ist nicht wirklich zum Wohle der Arbeitslosen; darüber sollte sich der Herr Direktor keine Gedanken machen. Außerdem verdient dieser hart arbeitende Beamte nur mindestens f 400 im Monat.

Die Wirklichkeit ist, dass die Arbeitgeberinnen ihren deutschen Bediensteten, die, gezwungen durch die Armut in ihrer Heimat, hier Zuflucht gesucht haben, einen niedrigen Lohn bezahlen konnten und sind nun

in Bedrängnis, weil sie Angst haben, dass ihre niederländischen Kollegen noch nicht gezwungen sind, sich so ausbeuten zu lassen. Jetzt übernimmt der Staat diese Sorge der Damen, sie können jetzt problemlos ihr altes Lohnniveau halten, das, was sie mehr hätten geben sollen, zahlt jetzt der Staat. Es geht also darum, den Damen zu helfen, nicht den Arbeitslosen. Jetzt können sie ihre Kinder für denselben Hungerlohn ausbeuten lassen.

Wir sehen jedoch, dass es in der bürgerlichen Welt eine andere Strömung gibt. Sie haben sie doch in ihrer Gewalt! Ohne ihr Geld können sie nicht essen! Was könnte einfacher sein, als sie zu zwingen, für jeden erdenklichen Lohn und unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten? Hunger ist ein guter Antreiber! Das Missgeschick, das die Damen durch den Wegzug der deutschen Dienstboten bekommen würden, sollte also nicht vom Staat, sondern von den Arbeitslosen selbst bezahlt werden!

Daran sehen wir, dass die Bourgeoisie in diesem „freien Holland“, wenn sie in Not ist, nicht vor faschistischen Maßnahmen zurückschreckt. Das bisschen Freiheit, das der Arbeiter noch hat, wird ihm Stück für Stück genommen, und zwar nicht nur durch den privaten Unternehmer, sondern durch den Staat. Denn es ist der Staat, der es dem Unternehmer durch diese Maßnahme ermöglicht, seine niedrigen Löhne beizubehalten.

